

„Argwohn aus Unwissenheit“

GESPRÄCH EU-Abgeordneter Arne Lietz (SPD) spricht über die Auswirkungen der US-Wahl auf die Region und die Gründe für die anhaltende Krise in Europa.

ASCHERSLEBEN/MZ - Die Wahl von Donald Trump zum neuen US-Präsidenten verunsichert nach wie vor viele Menschen in der Region. Welche Auswirkungen die Präsidentschaft des Immobilien-Milliardärs haben könnte, darüber sprach MZ-Redakteur Marko Jeschor mit dem für Sachsen-Anhalt zuständigen EU-Abgeordneten Arne Lietz (SPD). Der Wahl-Wittenberger arbeitete eine Zeit lang in den USA als Historiker. Außerdem ist Lietz Mitglied des Netzwerks Atlantik-Brücke, der sich unter anderem um die wirtschaftlichen und bildungspolitischen Beziehungen zu den USA kümmert.

Herr Lietz, die USA wurden für die Wirtschaft in Sachsen-Anhalt zuletzt immer wichtiger. Die Industrie- und Handelskammer Magdeburg befürchtet, dass die Auswirkungen der schwächelnden US-Konjunktur nach der Wahl von Donald Trump auch in der Region zu spüren sind. Teilen Sie die Sorgen?

Arne Lietz: Die Importe aus den USA schwankten in den vergangenen Jahren auf niedrigem Niveau. 2015 war der Anteil am Gesamtimport 0,97 Prozent. Auch beim Export ist die USA kein sehr bedeutender Partner. Allerdings hat sich der Anteil der Ausfuhren in die USA am Gesamtexport Sachsen-Anhalts auf 6,9 Prozent in den vergangenen Jahren verdoppelt. Man kann daher also durchaus von einer steigenden wirtschaftlichen Bedeutung der USA für Sachsen-

Anhalt sprechen. Wenn Trump seine wirtschaftliche Abschottungspolitik wahr machen würde, wäre das in der Tat von Nachteil für die hiesige Wirtschaft, wie es die IHK Magdeburg befürchtet. Zunächst einmal gilt es jedoch das Programm von Trump abzuwarten.

Könnte der von Trump angedeutete Russland-freundlichere Kurs der USA Auswirkungen auf die hiesige Wirtschaft haben? Die wirtschaftlichen Verflechtungen mit Russland sind doch gerade in den ostdeutschen Ländern stark?

Lietz: Da es dazu keine Faktengrundlage und keine Programmatik von Trump gibt, ist alles spekulativ. Dennoch erwarte ich, dass die bestehenden gemeinsamen Sanktionen gegenüber Russland wegen des Einmarsches in die Ukraine nicht von den USA unterlaufen werden. Das würde eine wirtschaftliche Schräglage zu Ungunsten Europas erzeugen.

US-Präsident Obama hat nach der Wahl von Donald Trump versucht, die Unsicherheit in Europa zu zerstreuen. Die USA werden ihren Bündnisverpflichtungen nachkommen. Wie sehen Sie als EU-Parlamentarier die Wahl von Trump?

Lietz: Trump hat in einem ersten Telefonat gegenüber der NATO die Bündnistreue bekräftigt, aber eine neue Kostenteilung thematisiert. Europa sollte die vielfachen Rüstungsaktivitäten zusammenbringen und dadurch erhebliche Kosten



Arne Lietz

FOTO: KLITZSCH

erhöhen. Diese Themen werden im Europaparlament diskutiert und abgestimmt. Meiner Meinung nach sollte dabei die Chance beim Schopf gepackt werden, die nationalen Rüstungsexportpolitiken europäisch zu harmonisieren und die Rüstungsexporte massiv einzuschränken.

Sie haben ein paar Jahre in den USA gelebt. Können Sie erklären, warum die Mehrheit dort so gewählt hat?

Lietz: Auch meine mehrjährigen Aufenthalte helfen mir nicht zu erklären, warum sich das Land für einen Populisten, Rassisten und Frauenverächter als Präsidenten entschieden hat. Was ich bereits zum Wahlkampf in den Veranstaltungen in den USA erlebt habe, ist der Frust in der Bevölkerung, dass so viel Geld und damit die Wirtschaft in den Wahlkampf involviert ist. Deswegen hatte Clintons demokratischer Gegenkandidat Sanders ebenfalls so viel Erfolg. Er kritisierte genau diesen Zustand.

Viele sehen die EU angesichts einer Vielzahl von Problemen in einer existenziellen Krise. Ist die Wertegemeinschaft tatsächlich am Ende?

Lietz: Die EU sollte den Werte-Kompass nicht neu justieren, nur weil Trump als Präsident gewählt wurde. Die Krise haben wir leider unabhängig davon, wenn wir zum Beispiel Polen mit seiner Verfassungsgerichtsfrage oder der massiv eingeschränkten Pressefreiheit betrachten. Auch das Menschenrecht der Religionsfreiheit wird von vielen osteuropäischen Regierungen eingeschränkt und hinterfragt. Wir müssen unsere eigenen Hausaufgaben machen, um unsere aufgestellten Werte auch zu leben.

Können Sie verstehen, dass viele mit Argwohn auf den Apparat der EU blicken. Was muss sich ändern?

Lietz: Nein. Kritisches Hinterfragen und Reformieren der EU-Institutionen bleibt immer wichtig. Ich glaube, dass Argwohn auch stark aus Unwissenheit resultiert. Die wenigsten Erwachsenen haben Kenntnis über die verschiedenen Institutionen und wie sie sich in den vergangenen zehn Jahren verändert haben. In unserem Bundesland werden diese Inhalte selbst in den Schulen zu wenig vermittelt, weil es der Landespolitik nicht wichtig genug war. Ich entwickle bereits selber als EU-Abgeordneter Materialien. Der Koalitionsvertrag verspricht hier Besserung. Ich hoffe, dass Kenntnisse über Europapolitik in naher Zukunft zu den Grundkenntnissen aller Schüler und Auszubildender werden.